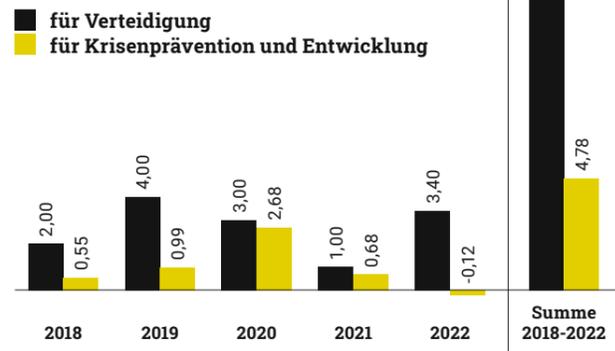


**Versprechen umsetzen:
Mehr Geld für Entwicklung und Frieden**

Die Regierungskoalitionen von 2017 und von 2021 haben sich jeweils verpflichtet, die Mittel für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, Auswärtige Kulturpolitik und Entwicklungszusammenarbeit im gleichen Maße zu steigern wie die Verteidigungsausgaben. Dieses Versprechen wurde bislang nicht eingehalten.

Im Jahr 2022 unterstützt die Bundesregierung Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, Auswärtige Kulturpolitik und Entwicklungszusammenarbeit mit insgesamt 16,36 Mrd. €. Rund drei Mal so viel, insgesamt 50,4 Mrd. €, gibt sie für Verteidigung aus, hinzu kommt das sogenannte Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. €.

**Veränderung der Ausgaben
in Mio. €**



Aufruf an alle Bürger*innen

Rufen Sie die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, die Erklärung „Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken“ zu unterzeichnen.

Sprechen Sie die Abgeordneten in Ihrem Wahlkreis an, geben Sie ihnen dieses Falblatt und fordern Sie sie zur Unterzeichnung auf.

Wir fordern: Stärken Sie Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten!



AbFaNG – Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit, AWC Deutschland e.V., Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee, Evangelische Kirchengemeinde Köln-Klettenberg, Evangelischer Kirchenkreis Jülich, Evangelischer Kirchenkreis Köln-Mitte, Evangelische Akademie Baden, Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden in Württemberg, Evangelische Kirchengemeinde Essen-Bergerhausen, Evangelische Kirchengemeinde Martha Berlin, Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche Baden, Friedensbüro Hannover, Friedensfestival Berlin e.V., Friedensinitiative Hersfeld-Rotenburg, Friedensregion Bodensee e.V., Friedenszentrum Braunschweig, gewaltfrei handeln e.V., Internationale Gemeinschaft der Arche, IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, LAG Christinnen und Christen Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg, LAG Christ*innen DIE LINKE. Bayern, Martin-Niemöller-Stiftung, missio München, Münchner Sicherheitskonferenz verändern e.V., Netzwerk Friedenssteuer, Netzwerk Rüstungskonversion Thüringen, Ökumenische Initiative Eine Welt, Ökumene Netzwerk im Nachhaltigkeitsprozess Treptow, Ökumenischer Friedenskreis Köln-Pesch, Ökumenisches Netz in Deutschland, refo Konvent Berlin-Moabit, Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) e.V., Solidarische Kirche im Rheinland, Stiftung Friedensarbeit in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden

Abgeordnete für Frieden

Erklärung

Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken

Wir, die unterzeichnenden Abgeordneten des Deutschen Bundestages,

bekennen uns zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Die aktuellen Kriege und internationalen Konflikte werfen die Weltgemeinschaft in ihren Bemühungen für den Schutz unserer Lebensgrundlagen und ein Leben in Sicherheit und Würde für alle Menschen dramatisch zurück.

Wir unterstützen den Aufruf des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, angesichts der Vielzahl aktueller Krisen und Konflikte mehr in Prävention und Friedensförderung zu investieren. Auch Deutschland muss dafür mehr Verantwortung übernehmen.

Wir wollen Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken. Unser Land soll noch mehr zur Prävention und Entschärfung internationaler Krisen, Kriege und Konflikte beitragen. **Darum werden wir uns im Rahmen unseres Mandates als Mitglieder des Deutschen Bundestages dafür einsetzen, die Mittel für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in dieser Legislaturperiode deutlich auszubauen.**

Name _____

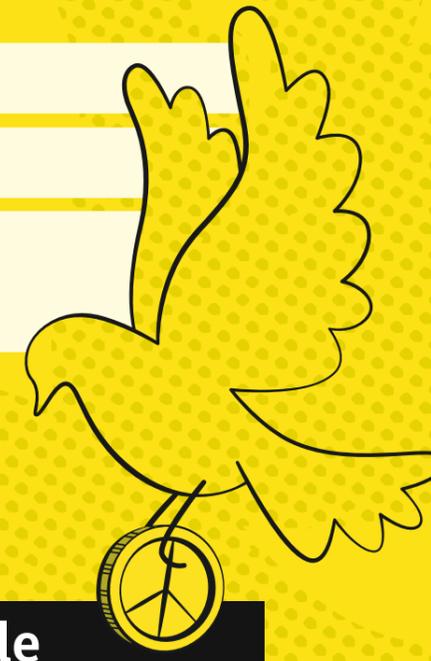
Fraktion _____

Unterschrift Abgeordnete*r des Deutschen Bundestages _____

Erklärung unterzeichnen und einsenden:
per E-Mail: kontakt@frieden-stark-machen.de oder
per Post: **Kampagne „Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken“**
c/o forumZFD, Am Kölner Brett 8, 50825 Köln

Sie können diese Erklärung auch online unterzeichnen auf:

www.frieden-stark-machen.de



Warum Ihre Selbstverpflichtung wichtig ist



Mehr Menschen von Kriegen und Gewalt betroffen

Nach Angaben der Vereinten Nationen waren im Jahr 2021 mehr Menschen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffen denn je seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Mehr als 100 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht.

Ein Viertel der Weltbevölkerung, zwei Milliarden Menschen, leben aktuell in Regionen, die von gewaltsamen Konflikten und Kriegen betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund forderte der Generalsekretär der Vereinten Nationen zum Jahresbeginn mehr Investitionen in Prävention und Friedensförderung:

„Wir brauchen mehr Investitionen in Prävention und Friedensförderung, um die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.“

António Guterres,
Generalsekretär der Vereinten Nationen
(2022)

Die globalen Nachhaltigkeitsziele

Im Jahr 2015 haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit der Agenda 2030 siebzehn Ziele für nachhaltige Entwicklung gesetzt. Ein Leben in Würde für alle Menschen und der Schutz unserer Lebensgrundlagen sollen erreicht werden.

Die Agenda erkennt die besondere Bedeutung von Frieden für die Erreichung aller anderen Ziele an: **Ohne Frieden keine nachhaltige Entwicklung.**

Friedensförderung lohnt sich

Laut einer Studie des Instituts für Wirtschaft und Frieden (IEP) **spart jeder Dollar**, der in Friedensförderung investiert wird, später **16 Dollar** Konfliktkosten.

Was jetzt konkret zu tun ist

Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken

Zivilgesellschaften stärken

Deutschland hat bewährte, international anerkannte Instrumente zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, für Demokratisierung und zur Unterstützung lokaler Friedensorganisationen.

Im Zivilen Friedensdienst arbeiten beispielsweise mehr als 300 Friedensfachkräfte in 43 Ländern mit Menschen vor Ort für Dialog, Menschenrechte und Frieden. Das Förderprogramm zivile Konfliktbearbeitung (zivilik) unterstützt weltweit zivile Akteure dabei, Krisen vorzubeugen, Konflikte zu überwinden und friedliche gesellschaftliche und politische Systeme zu schaffen. Diese Programme müssen angesichts der aktuellen Herausforderungen dringend ausgebaut werden!

Perspektiven für Konfliktregionen schaffen

Wo Schulen und Krankenhäuser zerstört sind, die lokale Wirtschaft brach liegt sowie Wasser und Strom fehlen, haben Menschen keine Perspektive. Sie können sich nicht an Wiederaufbau und Frieden beteiligen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt in vielen betroffenen Regionen einen am Frieden orientierten Wiederaufbau der Infrastruktur und Ernährungssicherung. Dabei setzt sie auf Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen. Dieses Engagement muss fortgesetzt und verstärkt werden!

Zivile Friedensmissionen und Vermittlung voranbringen

Die Vereinten Nationen und regionale Organisationen wie die OSZE sind zentrale Foren für Dialog und unverzichtbare Akteure der Friedenssicherung. Deutschland sollte ihre Handlungsfähigkeit stärken.

Dazu müssen die finanziellen Beiträge, etwa für das Zentrum für internationale Friedenseinsätze und das Europäische Kompetenzzentrum Ziviles Krisenmanagement, erhöht werden. Die Bundesregierung sollte außerdem die eigenen Kapazitäten für Friedensmediation und zur Beteiligung an zivilen Friedensmissionen erweitern.

